

20. Aug. 1915.

Die Approvisionnement der beiden Hauptstädte unserer Monarchie.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner begab sich gestern Sonntag in Begleitung des Vizebürgermeisters Hoß und des Obermagistratsrates Dr. Konstantin Mayer nach Preßburg, woselbst sich auch Bürgermeister Dr. Barczy mit dem Vizebürgermeister und dem Approvisionierungs-Referenten der Stadt Budapest eingefunden hatte. Die Herren hatten dort gemeinsam mit dem königlichen Rat Bürgermeister Brolly eine Konferenz, in welcher der ganze Komplex der dringendsten Approvisionierungsfragen der Städte zur eingehenden Behandlung gelangte. Mit dieser gemeinsamen Beratung, welche vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner im Hinblick auf die von Tag zu Tag immer drückender werdende Teuerung veranlaßt wurde, ist der erste Schritt getan, um eine im allseitigen Interesse gelegene Verständigung über gemeinsame Approvisionierungsmaßnahmen anzubahnen und insbesondere gemeinsame Aktionen bei den beiderseitigen Regierungen und auch beim Reichskriegs-Ministerium durchzuführen.

*Landtagswahl!*

x Die Teuerung. Die Wiener Parteileitung der christlichsozialen Partei hat unter dem Vorsitz des Landmarschalls Prinzen Alois Liechtenstein einhellig beschlossen, angesichts der drückenden Teuerung, welche insbesondere dem kleinen und mittleren Angestellten schwere Lasten auferlegt, bei der Regierung vorstellig zu werden, daß von ihr Kriegszulagen ähnlich wie dies die Gemeinde Wien schon ihren Angestellten zuteil werden ließ, den Staatsbeamten der unteren Rangklassen, den sämtlichen Angestellten und insbesondere den Angestellten des Staatseisenbahndienstes gewährt werden. Nachdem sich der christlichsoziale Reichsratsklub diesem Begehren der Wiener Parteileitung angeschlossen hat, begab sich Bürgermeister Dr. Weiskirchner zum Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh, um ihn von dieser Forderung der christlichsozialen Partei in Kenntnis zu setzen und deren Erfüllung nachdrücklichst zu begehren. Der Ministerpräsident verschloß sich nicht der Berechtigung dieser Forderung und versprach sie neuerlich im Ministerrat zur Sprache zu bringen.

Kartoffelverkauf in Leopoldau. Am Samstag wurde mit dem Verkauf der von der Gemeinde Wien in eigener Regie angebauten Kartoffeln in Leopoldau begonnen. Die Nachfrage und der Absatz waren außerordentlich lebhaft. Am nächsten Donnerstag gelangt wieder eine größere Menge von Speisekartoffeln daselbst zum Verkauf, und es ist geplant, solche Kartoffeln auch auf Wiener Märkten zum Verkaufe zu stellen. Eine Abgabe von Futterkartoffeln findet vorläufig bis auf weiteres nicht statt.

Herzog von Cumberland. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat namens der Stadt Wien an Herzog Ernst August von Cumberland anlässlich seines 70. Geburtstages ein herzliches Beglückwünschungsschreiben gerichtet.

Hebammenkurs. Am 1. Oktober d.J. beginnt an der k.k. Hebammenlehranstalt in Wien ein fünfmonatlicher Kurs zur Ausbildung von Hebammen. In denselben können Frauen aufgenommen werden, welche das 40. Lebensjahr noch nicht überschritten und, wenn sie ledig sind, das 24. Lebensjahr vollendet haben. Aufnahmebewerberinnen haben ihren Tauf- oder Geburtsschein eventuell den Trauungsschein oder falls sie Witwen sind, den Totenschein ihres Gatten, ferner ein behördlich bestätigtes Sittenzeichnis, ein vom Amtsarzte der zuständigen politischen Behörde ausgefertigtes Zeugnis der Gesundheit und der körperlichen Befähigung, den Heimatschein oder Reisepaß, dann ein Impf- bzw. Revakzinationszeugnis beizubringen. Die Schülerinnen haben ferner bei der Anmeldung in einer Aufnahmeprüfung nachzuweisen, daß sie der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig und mit den Elementen des Rechnens vertraut sind. Die näheren Bedingungen sind im Sanitäts-Departement der Statthalterei 1. Bezirk Herrngasse 11 einzusehen. Der Landesausschuß verleiht vier Landesstipendien im Betrage von je 100 K an jene würdigen Hebammenschülerinnen, welche nach Niederösterreich zuständig sind und ihre Praxis in einer niederösterreichischen Landesgemeinde auszuüben sich verpflichten.

Kriegszulage für die Pfleglinge des Bürgerversorgungshauses.

Nach einem Besichte des StR. Dr. Haas beschloß der Stadtrat, den Pfleglingen des Wiener Bürgerversorgungshauses vom 15. d.M. angefangen bis auf weiteres eine Kriegszulage von 20 Hellern täglich zu den festgesetzten Handgeldern unter der Voraussetzung zu bewilligen, daß die Bürgervereinigung den zugesagten Betrag von 5000 K als Beisteuer an dem Bürgerspitalfonds leiste.

Militärische Jugendvorbereitung. Der Stadtrat beschloß nach einem Berichte des StR. Tomola grundsätzlich die Zustimmung zu erteilen, daß im Bedarfsfalle in dem erforderlichen Umfange Übungsplätze, Turnsäle, Turngeräte und Lehrbehelfe soweit sie nicht für die Schule selbst benötigt werden oder anderweitig für militärische Zwecke in Anspruch genommen sind, der Aktion der militärischen Vorbereitung der nicht mehr schulpflichtigen männlichen Jugend zur Verfügung gestellt werden, die Ueberlassung der Turnsäle im einzelnen Falle aber von den zu berücksichtigenden besonderen Umständen abhängig zu machen.